
Akademie der Arbeit

in der Universität Frankfurt am Main

Mitteilungen

Neue Folge 33

Als Manuskript gedruckt

August 1982

Inhalt

	Seite
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp: Weltwirtschaft und Beschäftigungskrise .	1
Otto Freitag: Solidarität und Internationalität	19
Karl Handfest: In Gedenken an Anna und Jakob Osterroth	20
Verzeichnis der Lehrveranstaltungen des 48. Lehrgangs	22
Organe und Lehrkräfte der Akademie der Arbeit	25
Teilnehmer des 48. Lehrgangs der Akademie der Arbeit	27

Weltwirtschaft und Beschäftigungskrise

Referat anlässlich der Eröffnung des 48. Lehrgangs der Akademie der Arbeit in der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt, am 3. Mai 1982

1. Zur Ursachenanalyse der Beschäftigungskrise

Inzwischen kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Bundesrepublik Deutschland in die schwerste Beschäftigungskrise ihrer Geschichte geraten ist. Diese Krise ist spätestens seit 1978, zum Teil schon früher, vorhergesagt worden. Ihre Ursachen sind nach wie vor strittig. Man kann aber wohl feststellen, daß alle monokausalen Erklärungsversuche, in denen eine einzige Ursache zur Erklärung der Krise herangezogen wurde, widerlegt worden sind. Die Ölkrise, die amerikanische Hochzinspolitik, die nationale oder internationale Geldpolitik, die Finanzpolitik, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, diese Faktoren erlauben jeweils allein nicht die Erklärung des Umfangs der heute gegebenen Beschäftigungsschwierigkeiten.

Im Mittelpunkt dieses Referats soll die Frage stehen, inwieweit weltwirtschaftliche Entwicklungen und die Reaktionen der deutschen Wirtschaft darauf zur Beschäftigungskrise beigetragen haben. Dabei kommt dem Problem der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten eine besondere Bedeutung zu. An diese Analyse schließt sich die Frage an, wie eine Wirtschaftspolitik aussehen sollte, die sich den Herausforderungen der Weltwirtschaft stellt und einen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsschwierigkeiten leistet.

Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, sollen jedoch einige Bemerkungen zum strukturellen Hintergrund der Beschäftigungskrise gegeben werden.

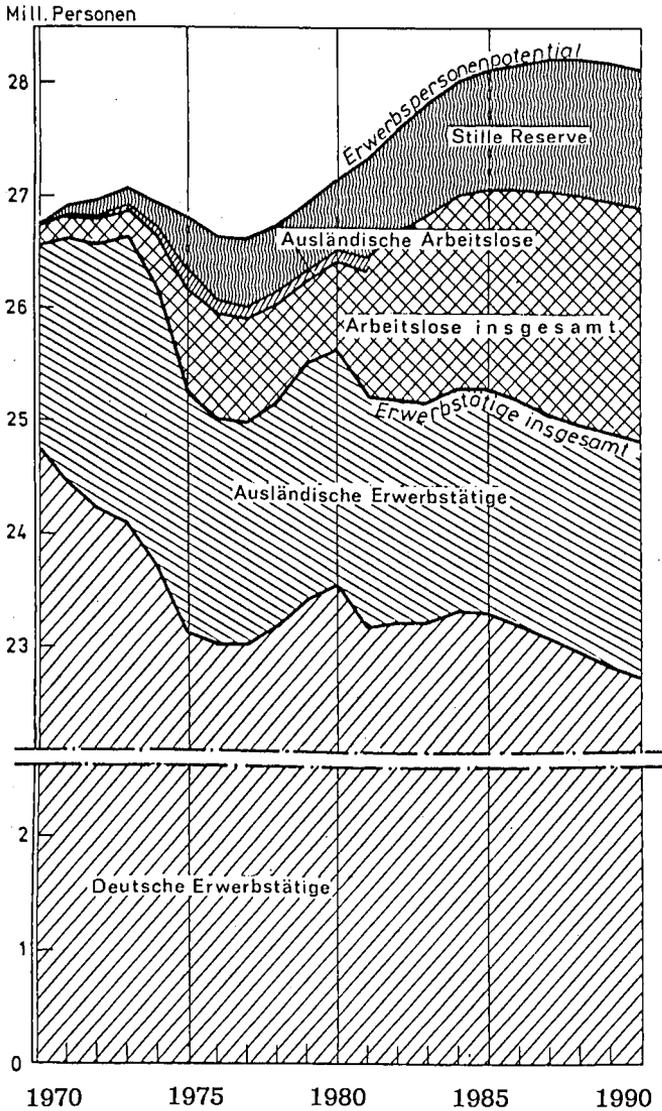
Da ist zunächst die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials in der Bundesrepublik Deutschland zu erwähnen. Dies ist in den letzten Jahren durch ein starkes Ansteigen des deutschen Erwerbspersonenpotentials, das auch noch weiter anhalten wird, und durch einen starken Ausländerzustrom gekennzeichnet. Der Politik ist es nicht gelungen, den Zustrom der Ausländer so zu begrenzen, wie dies beabsichtigt war. Hieraus resultiert eine weitere Verschärfung der Situation.

Schaubild 1 zeigt zunächst die Entwicklung der Zahl der deutschen und der ausländischen Erwerbspersonen. Zugleich ist angegeben, welcher Teil jeweils arbeitslos geblieben ist. Die sogenannte „stille Reserve“ ist als zusätzliche Information in diesem Schaubild wiedergegeben.

Es ist gar kein Zweifel, daß die sich hier abzeichnende demographische Entwicklung eine erhebliche Herausforderung an die Wirtschaftspolitik zur

Schaubild 1

Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials und seiner Komponenten



Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Berechnungen des DIW.

Schaffung neuer Arbeitsplätze darstellt. Genausowenig kann es freilich zweifelhaft sein, daß es auch in der Vergangenheit schon derartige Situationen gegeben hat, die ohne wesentliche Arbeitslosigkeit bewältigt worden sind.

Ein zweiter, langfristig strukturell wirkender Faktor ist die Produktivitätsentwicklung. Diese ist im verarbeitenden Gewerbe von einer beachtlichen Konstanz, wie Schaubild 2 zeigt. Langfristig ist die Produktivität pro Arbeitsstunde um etwa 5,5 % pro Jahr gestiegen. Dies ist eine erhebliche Steigerung, die es erlaubt hat, immer mehr zu produzieren, das erzeugte Produkt zu steigern. Damit waren freilich auch traditionelle Verwendungsstrukturen in Frage gestellt. An vielen Stellen bestand kein Bedarf an zusätzlicher Produktion, so daß die Produktivitätsentwicklung zu einem Rückgang des Arbeitseinsatzes führte.

Gesamtwirtschaftlich ist das Wachstum immer etwas hinter der Produktivitätsentwicklung zurückgeblieben, wie Schaubild 3 verdeutlicht. Der Rückstand war aber zunächst so gering, daß er durch den Rückgang der Arbeitszeit je Erwerbstätigen aufgefangen werden konnte, teilweise kam es sogar zu einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde dieser Wachstumsrückstand aber so groß, daß es auch zu einem erheblichen Rückgang der Erwerbstätigen kam.

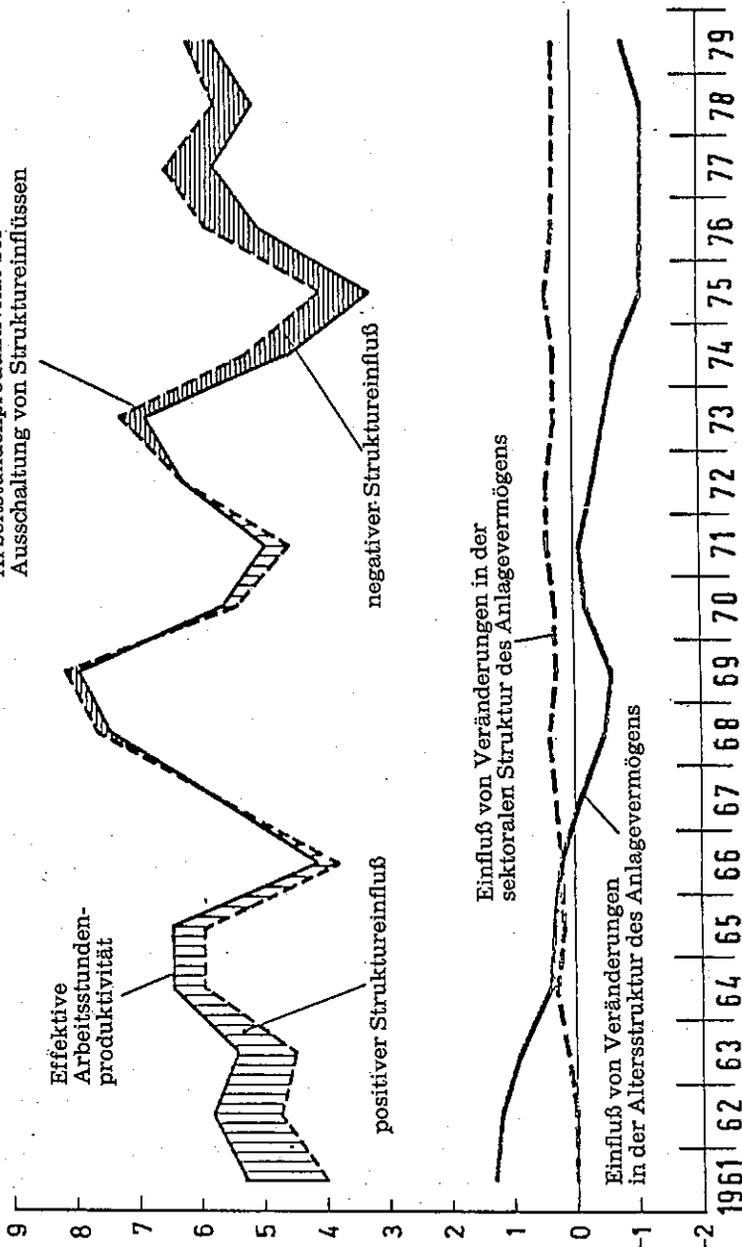
Interessanter als die globale Entwicklung ist freilich die dahinter stehende strukturelle Veränderung. Für den Strukturbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wurde errechnet, wie sich die Zahl der Erwerbstätigen für die Endnachfragebereiche geändert hat. In Schaubild 4 sind drei Perioden unterschieden, von denen die erste und die dritte jeweils eine Expansions- und Kontraktionsphase umfaßt, während die zweite tendenziell eher expansiven Charakter hat. Man sieht deutlich, daß die dem privaten Konsum zuzuordnende Beschäftigung in allen drei Perioden rückläufig ist. Im Zeitraum von 1963 bis 1978 ist die inländische Beschäftigung, die dem privaten Verbrauch zuzuordnen ist, um rund 2 Millionen Personen zurückgegangen. Bei den Bruttoinvestitionen zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Auch wenn hier der Konjunktoreinfluß stärker ist, ergibt sich in dem genannten Zeitraum per saldo erneut ein Rückgang um 2 Millionen Beschäftigte. Das Schaubild zeigt auch, wie dieses zunächst kompensiert worden ist. Neben einer ins Gewicht fallenden Expansion des öffentlichen Sektors um rund eine Million Beschäftigte ergab sich eine weit größere Expansion des Exports um etwa 1,7 Millionen Beschäftigte. Dieser Ausweitung des Exports steht eine, wenn auch geringere Expansion des Imports gegenüber. Am Ende der 70er Jahre standen die beiden eben genannten Kompensationsmöglichkeiten nicht mehr zur Verfügung. Das Wachstum des öffentlichen Sektors war von der Finanzierungsseite her an deutliche Grenzen gestoßen, die ohnehin schwieriger werdenden Verhältnisse auf den Weltmärkten setzten der ohnehin sehr beachtlichen Expansion des Exports eine Grenze.

Schaubild 2
Veränderung
gegenüber dem
Vorjahr in vH

Strukturelle Einflüsse auf die Veränderungsrate
der Arbeitsstundenproduktivität¹⁾

– Unternehmen ohne Wohnungsvermietung –

Arbeitsstundenproduktivität bei
Ausschaltung von Struktureinflüssen



¹⁾ 1978 und 1979 vorläufig.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Abschwächung der Wachstumsimpulse. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980, Beiträge zur Strukturforchung, Berlin, Heft 81/1981, S. 84.

Schaubild 3

Wachstum und Produktivitätsentwicklung

Index 1960 = 100

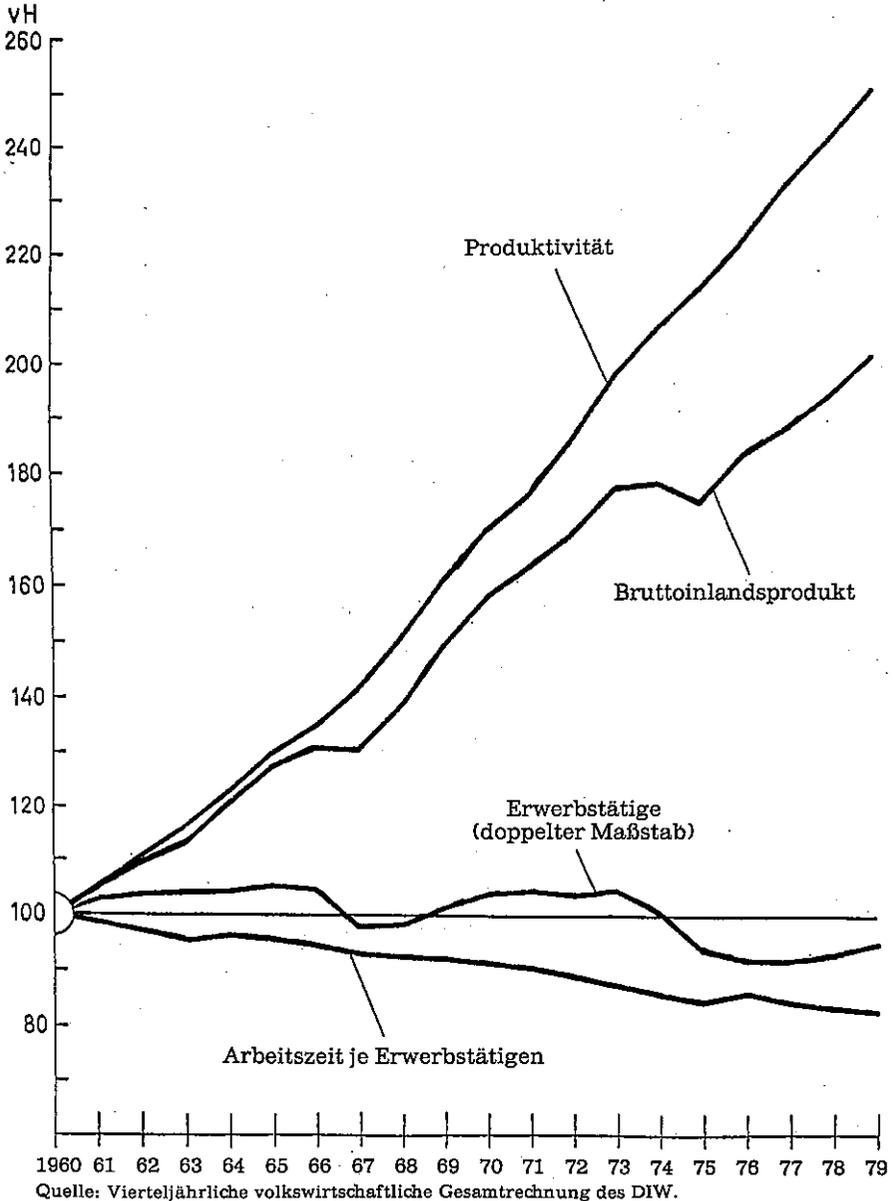
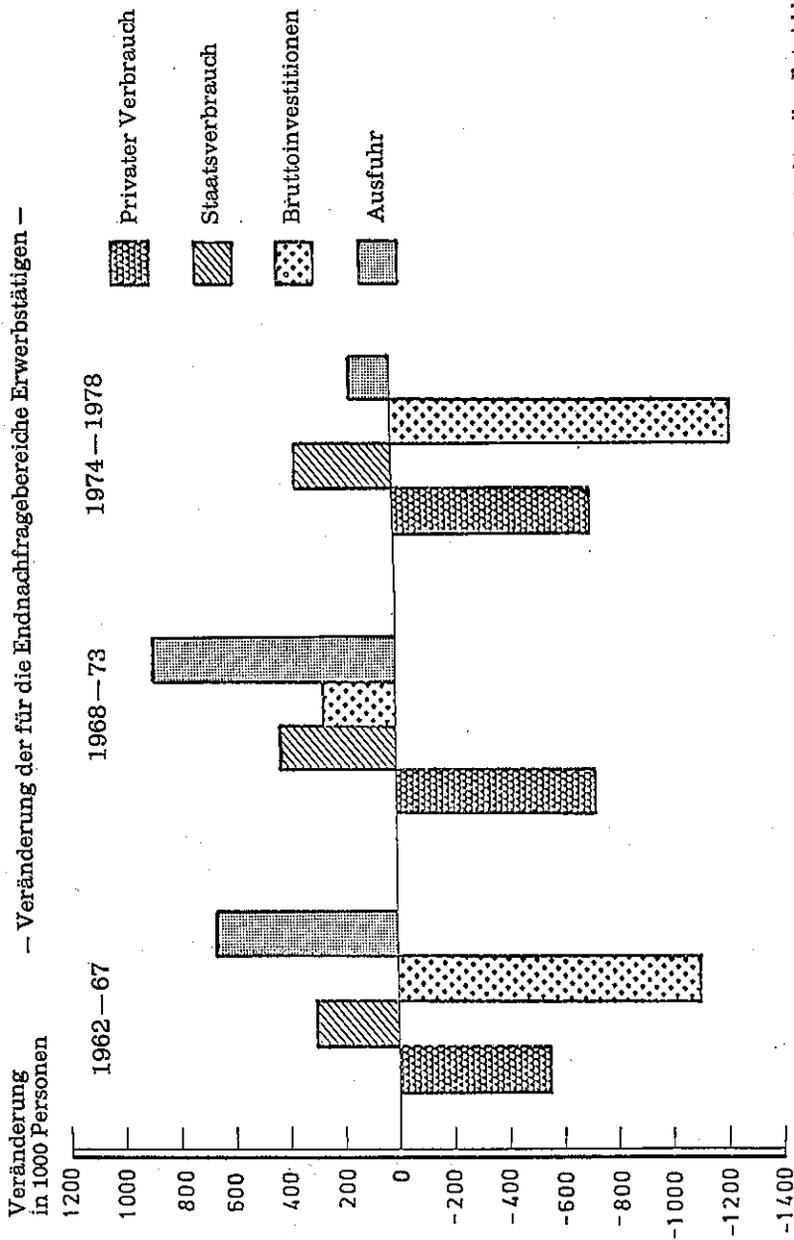


Schaubild 4 Beschäftigungswirkungen von strukturellen Änderungen der Endnachfrage



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Abschwächung der Wachstumsimpulse. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 61/1981. Dunder und Humblot, Berlin, 1981, S. 47.

2. Außenhandel und Beschäftigung

Betrachtet man nur die Exportseite, kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Steigerung der Exporte in der Vergangenheit wesentlich zur Abmilderung der Beschäftigungsschwierigkeiten beigetragen hat. Dies hat zugleich dazu geführt, daß das Gewicht des Außenhandels für die deutsche Volkswirtschaft in den letzten zwanzig Jahren erheblich zugenommen hat. Der Anteil der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen betrug im Jahre 1960 20 % des Bruttoinlandsprodukts, 1979 waren hieraus 27 % geworden. Der Anteil der Einfuhr erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 17 %, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, auf rund 25 %. Der weitaus größte Teil des Warenaustauschs der Bundesrepublik Deutschland entfällt auf den Handel mit den westlichen Industrieländern, der 1979 immerhin 59 % der Ausfuhr ausmachte. 54 % der Einfuhr entfielen auf die Industrieländer. Freilich hat sich die Bedeutung der Industrieländer für unseren Außenhandel seit 1972 tendenziell verringert.

Die sektorale Struktur der Außenhandelsbeziehungen ist relativ stabil geblieben, auch wenn sich die Exportquoten einiger Wirtschaftsbereiche erheblich vergrößert haben. Gesamtexportquoten von mehr als 40 % hatten 1962 zwei, 1972 vier und 1976 schon neun Wirtschaftszweige.

Daß die Zahl der Erwerbstätigen, die für den Export arbeiten, zugenommen hat, wurde schon in Schaubild 4 deutlich. Inzwischen arbeitet etwa jeder fünfte Deutsche für den Export. Nun darf man bei der Frage nach der Beschäftigungswirkung des Außenhandels nicht nur den Export betrachten, man muß auch berücksichtigen, inwieweit durch den Import Beschäftigungsmöglichkeiten vermindert werden. Es gibt zwar einige Bereiche, in denen diese Frage nur begrenzt sinnvoll ist, es sei zum Beispiel an den Import von im Inland nur begrenzt vorhandenen Rohstoffen erinnert. Die Berechnung von negativen Beschäftigungsäquivalenten für derartige Rohstoffimporte übersieht, daß diese häufig Voraussetzung für die Produktion in anderen Bereichen sind, daß sie also letztlich einen positiven Beschäftigungseffekt haben.

In Tabelle 1 sind daher nur die Beschäftigungswirkungen von Exporten und Importen im verarbeitenden Gewerbe einander gegenübergestellt. Auch diese Tabelle ist mit Hilfe der Input-Output-Rechnung erstellt worden, d. h. daß direkte und indirekte Effekte berücksichtigt worden sind. Die Beschäftigungsäquivalente der Importe beziehen sich auf die Produktionsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und nicht in dem jeweiligen exportierenden Land. Tabelle 1 ist zu entnehmen, daß zumindest für das verarbeitende Gewerbe der Beschäftigungseffekt des Außenhandels eindeutig positiv ist. Hierzu tragen zwei Phänomene bei: einmal der ins Gewicht fallende Exportüberschuß der Bundesrepublik Deutschland während dieser Jahre, zum anderen aber auch die Tatsache, daß überwiegend Produkte solcher Branchen des verarbeitenden Gewerbes importiert worden sind, deren Produktivität über derjenigen der vorwiegend exportierenden Branchen lag. Bei dieser Sachlage

Tabelle 1

Beschäftigungswirkungen von Exporten und Importen
im verarbeitenden Gewerbe
— in 1000 Erwerbstätigen —

	1962	1972	1976
Beschäftigungswirkungen der Exporte	2370	3050	3320
Beschäftigungsäquivalent der Importe	1530	2320	2410
Beschäftigungswirkungen (netto)	840	730	910
Quelle: Input-Output-Rechnung des DIW.			

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Abschwächung der Wachstumsimpulse. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. Beiträge zur Strukturforchung, Berlin, Heft 61/1981, S. 117.

kann man durchaus davon ausgehen, daß von der Ausweitung des Außenhandels, die in den 70er Jahren zu beobachten ist, ein positiver Beschäftigungseffekt ausgeht.

Dies gilt freilich nur in eingeschränktem Maße für den Handel mit Entwicklungsländern. Hier gibt es insgesamt negative Beschäftigungseffekte, die allerdings in ihrem quantitativen Ausmaß häufig überschätzt werden. 1962 waren hiervon 0,8 % der deutschen Beschäftigten betroffen, 1976 waren es 1,5 %. Mehr als 90 % der durch Importe freigesetzten Arbeitskräfte werden allerdings wieder in der Exportproduktion für Entwicklungsländer benötigt. Insgesamt ist also der negative Beschäftigungseffekt der Arbeitsteilung mit Entwicklungsländern zu vernachlässigen. Darüber hinaus wird bei derartigen Diskussionen in der Regel übersehen, daß langfristig gerade die Entwicklungsländer die Märkte darstellen, auf denen beachtliche Expansionsmöglichkeiten für den deutschen Export vorhanden sind.

Wenn die Diskussion um den Handel mit Entwicklungsländern dessen ungeachtet einen so großen Stellenwert in der politischen Diskussion einnimmt, liegt dies daran, daß die negativen Beschäftigungseffekte auf wenige Branchen und Regionen beschränkt sind, während die positiven Beschäftigungseffekte breit über die ganze Volkswirtschaft streuen. Aber auch wenn man dies berücksichtigt, gibt es keinen Anlaß, den Handel mit Entwicklungsländern für die deutsche Beschäftigungskrise verantwortlich zu machen. Betroffen hiervon sind bestenfalls 0,15 % der Erwerbstätigen, eine Größenordnung, die bei einer Arbeitslosenquote von 8 % wirklich als vernachlässigbar angesehen werden kann.

Es ist also nicht der Handel mit Entwicklungsländern, der zur Sorge Anlaß gibt. Gravierender ist die vorhin gemachte Aussage, daß überwiegend Produkte solcher Branchen des verarbeitenden Gewerbes importiert worden sind, deren Produktivität über derjenigen der vorwiegend exportierenden Branchen lag. Damit ist die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestellt. Welche Chancen haben wir, zumindest unseren Exportanteil auf den Weltmärkten zu verteidigen. Letztlich wird diese Frage darüber entscheiden, ob wir vom Außenhandel eine weitere Vergrößerung unserer Beschäftigungsschwierigkeiten zu erwarten haben. Nach dem bisher Gesagten ist freilich ohnehin klar, daß es nicht der Außenhandel ist, der für die Beschäftigungsschwierigkeiten allein verantwortlich gemacht werden kann.

3. Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit einer offenen Volkswirtschaft

Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängt von einer ganzen Anzahl von Faktoren ab. Der Preis, zu dem ein Exportgut angeboten wird, spielt dabei eine wesentliche Rolle. Daneben kommt es aber auch auf die technische Qualität des Gutes, den Service, die Zuverlässigkeit, die Pünktlichkeit der Lieferung und eine ganze Anzahl anderer Faktoren an. Der Preis wiederum hängt von einer Fülle von unternehmerischen Entscheidungen ab. So kann man sich zum Beispiel entscheiden, im Ausland relativ billig zu verkaufen und seine Kosten über entsprechend höhere Preise im Inland hereinzuholen. Auch das umgekehrte ist möglich. Generell gilt, daß eine Angleichung der verschiedenen Kostenstandards von Volkswirtschaften über den Wechselkurs erfolgt. Anders wären Handelsbeziehungen zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichen Kostenniveaus auch kaum möglich. Ist der Wechselkurs mehr oder weniger frei, sind auch schnelle Anpassungen an geänderte Situationen möglich.

In der öffentlichen Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit spielen häufig die Lohn- und Lohnnebenkosten eine zentrale Rolle. Dabei darf man allerdings nicht auf die Lohnsätze pro Stunde abstellen, wie dies häufig geschieht. Vielmehr kommt es darauf an, welche Lohnkosten das einzelne Produkt belasten. Es sind also die Lohnstückkosten zu ermitteln. Es ist durchaus möglich, daß im Vergleich zweier Länder Land A zwar höhere Stundenlohnsätze aber niedrigere Lohnstückkosten aufweist. Dies bedeutet, daß die Arbeitsproduktivität im Land A höher ist als im Vergleichsland. Auch die Lohnstückkosten hängen freilich in hohem Maße vom Wechselkurs ab.

Schon diese einfache Überlegung zeigt, wie gewichtig der Wechselkurs bei der Bestimmung von internationalen Kostenrelationen ist. Dies ist im übrigen auch seine Funktion. Steigen die Kosten in einem Lande so an, daß dies zu Exportrückgängen führt, wird die Nachfrage nach dieser Währung so zurückgehen, daß sie an Wert verliert. Sind die Kosten zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland so hoch, daß der Export beeinträchtigt wird, führt dies bei freien Wechselkursen zu einer Abwertung der DM. Dadurch

sinken die Kosten umgerechnet in der anderen Währung wiederum, so daß der Export jetzt bei unverändertem deutschen, aber bei gesunkenem internationalen Kostenniveau wieder steigen kann.

Man muß sich über diese Zusammenhänge im klaren sein, wenn man die Frage der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft diskutiert. Sie hängt höchstens kurzfristig von dem jeweiligen Kostenniveau ab. Mittelfristig werden die Kostenniveaus über den Wechselkurs aneinander angeglichen. Anders könnten ja auch nicht die sehr unterschiedlichen Inflationsraten verschiedener Länder ausgeglichen werden.

Eine Angleichung der Kosten über eine Wechselkursänderung, die auf ein zu hohes Kostenniveau im Inland zurückgeht, beeinträchtigt also nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit, sie hat allerdings für eine Volkswirtschaft gravierende Nachteile. Sie bedeutet, daß wir für unsere Importe weit mehr zahlen müssen als vorher. Konkret heißt dies, daß wir unsere Ansprüche an das Ausland senken müssen, für die Güter, die wir exportieren, können wir in Zukunft weniger importieren. Hierbei besteht außerdem die Gefahr, daß wir Inflation „importieren“. ber die gestiegenen Preise im Inland wird der Realtransfer ins Ausland bewältigt. Gerade im Außenhandel kann man die Kosten nicht beliebig erhöhen, ohne dafür zu bezahlen. Eine Verengung der Diskussion auf die Faktoren, die die Lohnkosten betreffen, lenkt aber von den wesentlichen Bestimmungsfaktoren unserer Wettbewerbsfähigkeit ab.

4. Die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit in den 70er Jahren

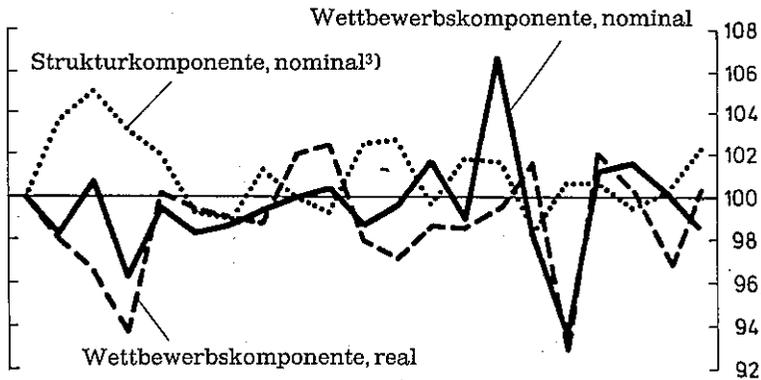
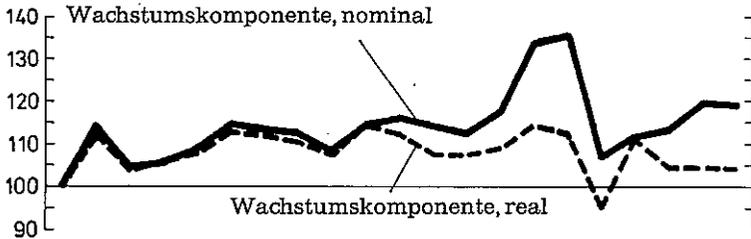
Einleitend wurde darauf hingewiesen, daß die Expansion des Außenhandels in den 70er Jahren einen sehr beachtlichen Erfolg der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Es lohnt sich daher, danach zu fragen, wie dieser Erfolg zustande gekommen ist. Die Ausweitung des Außenhandels kann grob in drei unterschiedliche Komponenten zerlegt werden. Im Rahmen der Strukturberichterstattung haben wir eine derartige Analyse durchgeführt, die in Schaubild 5 wiedergegeben ist. Einmal ist der Welthandel generell ausgeweitet worden. Hiervon haben wir auch profitiert. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von der Wachstumskomponente der Exportausweitung. Zum zweiten ist die Nachfrage auf den verschiedenen Märkten in unterschiedlicher Weise gestiegen. Dieses betrifft sowohl die Zusammensetzung unseres Exportgterkorbes als auch die Zusammensetzung unserer Auenhandelspartner. Zusammenfassend spricht man von der Strukturkomponente. Schließlich haben sich die Marktanteile deutscher Exporteure an den jeweiligen Märkten verschoben. Die Wettbewerbssituation hat sich geändert. In diesem Zusammenhang sprechen wir von der Wettbewerbskomponente.

Analysiert man die Entwicklung in den 70er Jahren, zeigt sich, daß die Wettbewerbskomponente sich per saldo nicht wesentlich verändert hat. Sieht man einmal von dem durch den Zusammenbruch der Weltkonjunktur im Jahre

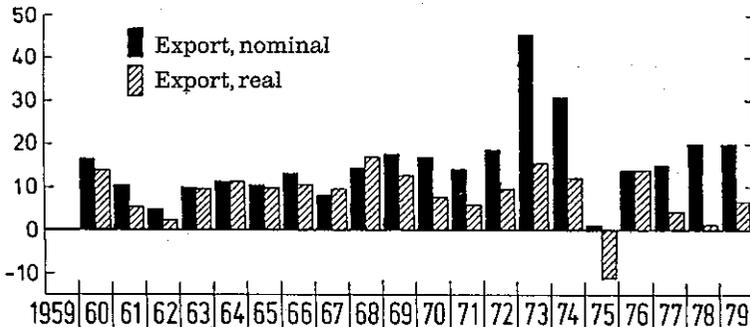
Schaubild 5

Komponenten²⁾ der jährlichen Entwicklung des
Industriewarenexports¹⁾ der Bundesrepublik Deutschland
1959/79

jeweiliges Vorjahr=100



Entwicklung des Industriewarenexports¹⁾
der Bundesrepublik Deutschland (in v.H. gegenüber Vorjahr)



1) SITC 5 bis 8; Basis US-Dollar.

2) Berechnet auf der Grundlage des Industriewarenexports von 13 westlichen Industrieländern (EG-Länder ohne Republik Irland (7), Österreich, Schweden, Norwegen, USA, Kanada, Japan), gegliedert nach 15 Warengruppen und 20 Importländern bzw. -regionen und unter Zugrundelegung eines jährlich wechselnden Gewichtungsschemas. Vgl. auch Fußnoten in Tab. 4.

3) Die Strukturkomponente läßt sich in Ermangelung geeigneter Preisstatistiken nur nominal nachweisen.

Quelle: Klaus Henkner, Zur Stellung der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Handel. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 2/3, 1981, S. 171. AdA Mitt. (NF 33) 1982

1975 verursachten Einbruch ab, zeigen sich keine signifikanten Verschlechterungen unserer Wettbewerbsposition.

Dieses Ergebnis erhält man auch, wenn man die Entwicklung der Lohnstückkostenrelationen gegenüber den wichtigsten Industrieländern verfolgt. Seit 1970 weist die Bundesrepublik Deutschland in der jeweiligen Landeswährung den niedrigsten Lohnstückkostenanstieg der 12 wichtigsten Industrieländer auf. Schaubild 6 zeigt dies für die Zeit bis 1978 in einer Berechnung des Ifo-Instituts. Eine Fortschreibung dieser Analyse führt zu demselben Ergebnis. Diese Situation verschiebt sich freilich, wenn man eine Wechselkursbereinigung vornimmt. Hier hat insbesondere die ständige Aufwertung der DM in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine wesentliche Rolle gespielt. Aber auch bei Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes ist der Lohnstückkostenanstieg der Bundesrepublik Deutschland immer noch im Mittelfeld der genannten 12 Industrieländer anzusiedeln. Die Wechselkursentwicklung des letzten Jahres, die man sicher nicht als normal bezeichnen kann, ist bei dieser Aussage nicht berücksichtigt, es ist gar kein Zweifel, daß sie zu einer kräftigen Senkung der Lohnstückkosten der deutschen Volkswirtschaft beigetragen hat.

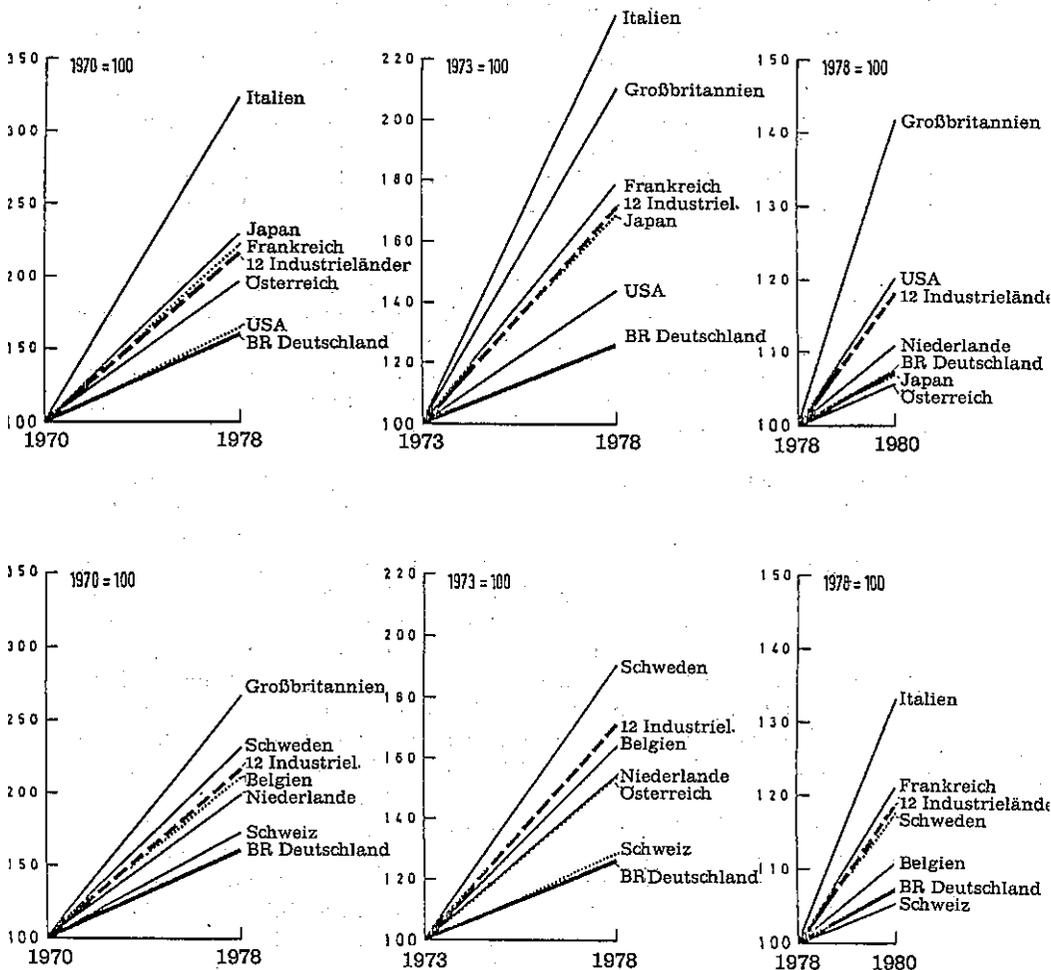
Insgesamt besteht also kein Anlaß zur Sorge. Etwas anders sieht dies aus, wenn man einige wichtige Warengruppen betrachtet. So hat sich – wenn man das Jahr 1976 mit dem Jahr 1962 vergleicht – unsere Wettbewerbssituation auf dem Gebiet der Straßenfahrzeuge eindeutig verschlechtert. Ähnliches gilt für die elektrotechnischen Erzeugnisse, auch wenn die Verschlechterung hier geringer ist. Ähnliches gilt aber auch für das Gebiet der Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte. Auch feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte und Schmuck zeigen deutliche Verschlechterungen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Immerhin deckten allein die eben erwähnten Branchen ein Drittel unseres Exports ab. In diesem Zusammenhang ist es dann nur ein schwacher Trost, wenn man feststellt, daß die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus nach wie vor zugenommen hat. Einige der genannten Branchen mit rückläufiger Wettbewerbsfähigkeit sind ja für die weitere Entwicklung unseres Exports durchaus wichtig, da es sich bei ihnen um Branchen handelt, die aufgrund der technologischen Entwicklung in nennenswertem Umfang zum Wachstum der deutschen Wirtschaft beitragen könnten.

Das insgesamt positive Bild in bezug auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit wird also durch die hier gemachte Beobachtung erheblich eingeschränkt.

Damit wird aber zugleich deutlich, daß die Diskussion über internationale Kostenrelationen von dem eigentlichen Problem ablenkt. Wir haben ein hohes Lohnniveau und würden dies gerne verteidigen. Wir können dies aber nur verteidigen, wenn wir produktiver als unsere Wettbewerber sind und wenn wir mit unseren Produkten technisch wettbewerbsfähig bleiben. Gerade an dieser Stelle besteht Anlaß zu vielfältiger Sorge. Wir haben eine sehr hohe

Schaubild 6

Lohnstückkosten¹⁾ in ausgewählten Industrieländern
in Landeswährung



¹⁾ in der Gesamtwirtschaft

Quelle: ifo-schnelldienst 35-36/80, S. 4.

Arbeitslosigkeit. Trotzdem fehlen gerade in Zukunftsbranchen Arbeitskräfte. Unser Ingenieur Nachwuchs reicht nach wie vor nicht aus, um die notwendigen technischen Innovationen voranzutreiben.

5. Der Beitrag einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zur Bewältigung der Beschäftigungskrise

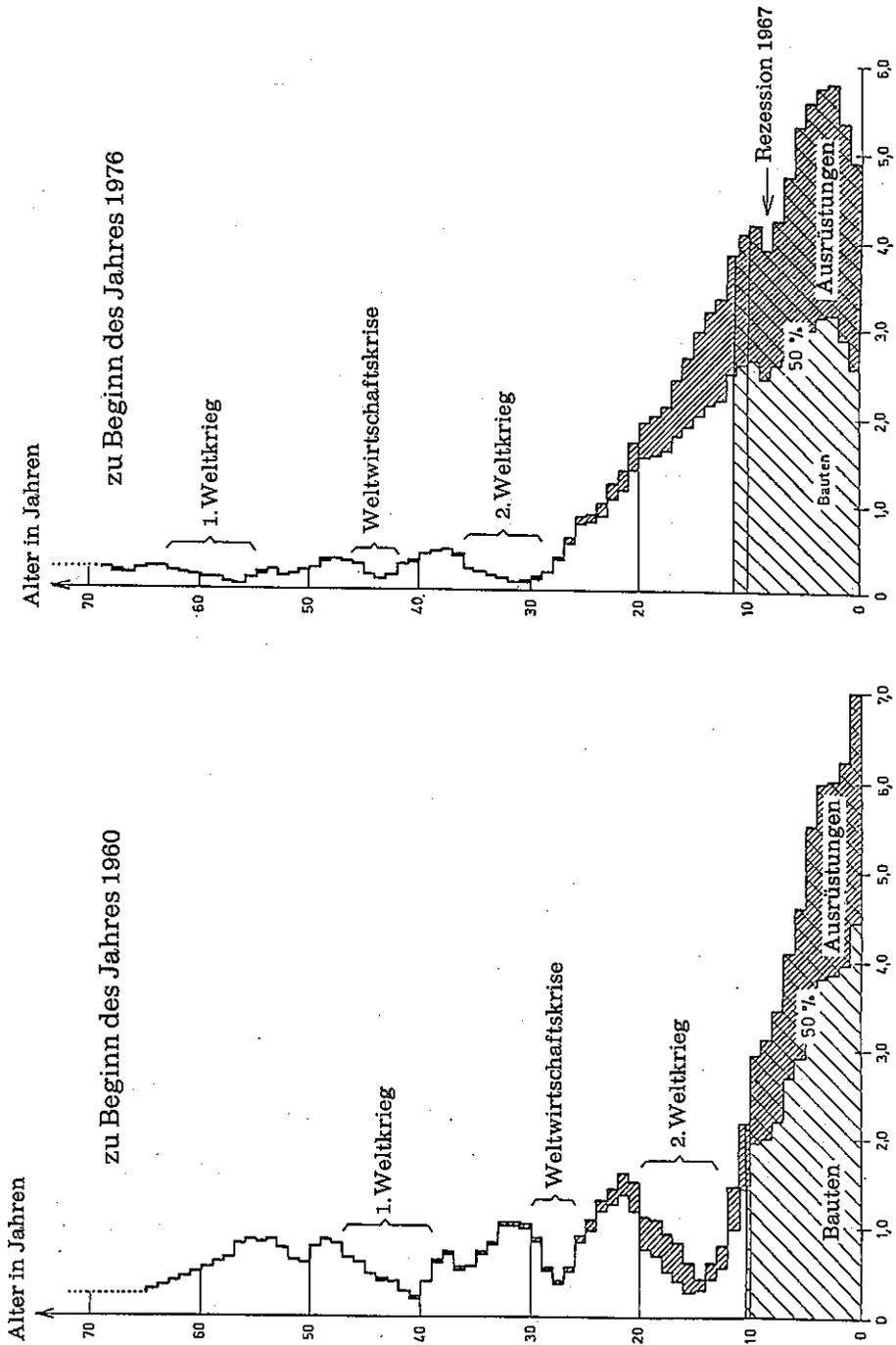
Die bisherigen Überlegungen haben deutlich gemacht, daß es kurzfristig um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gar nicht so schlecht steht. Durch den Exportanstieg infolge der Wechselkursentwicklung wird dies zusätzlich bestätigt. Problematischer sind schon eher mittelfristige strukturelle Gesichtspunkte, die auf Innovationsschwächen der deutschen Volkswirtschaft hinweisen. Kurzfristig dürfte es aber kaum möglich sein, einen generellen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit in der deutschen Wirtschaft festzustellen oder ihr gar einen Teil der beobachteten Arbeitslosigkeit zuzuordnen.

Hiervon gibt es freilich wesentliche Ausnahmen; in denen der Strukturwandel, der von der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ausgelöst wurde, bisher nicht bewältigt wurde. Hierzu zählen die Stahlindustrie, der Schiffsbau, Teile der Textil- und Schuhindustrie, obwohl in allen diesen Branchen schon Beispiele für eine Bewältigung des Strukturwandels durch eine Beschränkung auf hochwertige Produktionen zu beobachten sind.

Gerade in diesen Branchen stellt sich aber die Frage, wie eine zukunftsorientierte Strategie aussehen kann. Da Wechselkurse nur globale Kostenunterschiede ausgleichen, besteht kein Zweifel, daß in diesen Branchen die Kosten, insbesondere aber die Arbeitskosten, im internationalen Vergleich zu hoch sind. Für die deutsche Stahlindustrie gilt dies freilich nur, wenn man die unterschiedlich hohe staatliche Subventionierung in die Analyse einbezieht. Eine Eingrenzung der Kosten in diesen Bereichen würde freilich den notwendigen Strukturwandel nicht fördern, sondern behindern. Konkurrenzfähig können wir in diesen Branchen nur durch Produkt- und Prozeßinnovationen bleiben, die einerseits zu hochwertigeren Produkten führen, bei denen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt geringer ist, und die andererseits Produktion mit hoher Produktivität erlauben, die es ermöglicht, Löhne auf dem bundesrepublikanischen Niveau zu zahlen. Betrachtet man aber die Entwicklung der Investitionen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, kann keine Rede davon sein, daß zu hohe Löhne Rationalisierungsinvestitionen erzwungen haben. Unser Produktionsapparat ist veraltet, wie Schaubild 7 zeigt. Die Investitionen lagen durchgängig unter dem, was wir zur Modernisierung unseres Produktionsapparates gebraucht hätten. Diese Modernisierung hätte allein die Beschäftigungsschwierigkeiten nicht erleichtert, denn mit hohen Produktivitäten sind auch immer gewisse Freisetzungseffekte verbunden. Sie hätte aber dazu beigetragen, unsere Absatzchancen auf den Weltmärkten zu sichern.

Schaubild 7

Die Altersstruktur des Anlagevermögens



Investitionsjahrgänge in vH des Anlagevermögens

Investitionsjahrgänge in vH des Anlagevermögens

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Abschwächung der Wachstumsimpulse. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 61, Berlin 1981, S. 83.

Voraussetzung für eine solche auf Modernisierung und Innovation setzende Strategie ist freilich auch, daß entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Hieran mangelt es nach wie vor. Einmal ist der Anteil derjenigen, die keine ausreichende Berufsausbildung erhalten, nach wie vor groß; zum anderen erfolgt die Berufsausbildung teilweise in Berufen, die langfristig keine Entwicklungschancen bieten. Eine Strategie der Modernisierung und Innovation erfordert dann auch eine angemessene Qualifizierungspolitik.

Strukturwandel in diesen kritischen Bereichen heißt freilich in der Regel auch, daß Massenproduktionen abgebaut werden. Eine Modernisierungspolitik erlaubt es den betroffenen Branchen, auf höherwertige Produkte umzusteigen. Zum Teil müssen aber die Exportverluste in diesen Branchen durch Exportsteigerungen in anderen Branchen aufgeholt werden.

Die Alternative zu einer derartigen Strategie wäre die einer Kostenreduktion, und das heißt auch einer Lohnzurückhaltung in den betroffenen Branchen. Dabei ist zunächst dem häufig zu findenden Mißverständnis entgegenzutreten, daß eine globale Lohnzurückhaltung in diesem Zusammenhang nützlich wäre. Sie würde mit hoher Wahrscheinlichkeit über den Wechselkurs wieder ausgeglichen, auch wenn fraglich ist, zu welchem Zeitpunkt dies geschieht, da die Devisenmärkte nicht nur von den tatsächlichen Kostenrelationen ausgehen. Insgesamt gesehen hat aber eine solche globale Strategie, wenn man einmal von kurzfristigen psychologischen Effekten absieht, keine Erfolgchancen. Demgegenüber würde eine stärkere Lohndifferenzierung tatsächlich gewisse Wirkungen haben. Die Anpassungsschwierigkeiten könnten hierdurch auch sicher erleichtert werden. Mittelfristig ist dies aber eine wenig aussichtsreiche Strategie. Die Unternehmer verlieren den Innovationsdruck, die Arbeitnehmer den Qualifizierungsdruck. Beides ist mittelfristig problematisch.

An dieser Stelle müssen übrigens auch die staatlichen Subventionen mit ins Spiel gebracht werden. Für die in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Subventionen gilt zu einem erheblichen Teil, daß sie Strukturen eher konserviert als ihren Wandel gefördert haben. Auch sie haben nicht Innovationsdruck geschaffen, sondern Innovationsdruck vermindert. Gerade bei den großen deutschen Elektrokonzernen kann man dies sehr deutlich zeigen.

Sieht man einmal von den eben genannten Problembereichen ab, ist es eher der sich abzeichnende Rückgang unserer Wettbewerbsfähigkeit in einigen zukunftsorientierten Branchen, der Sorge bereitet. Gerade hier ist aber erneut Innovation gefragt. Dies ließe sich an zahlreichen technischen Entwicklungen der letzten Jahre belegen. Wir waren an der Entwicklung des Videorekorders maßgeblich beteiligt. Das große Geschäft haben dann zunächst andere gemacht; erst jetzt holen wir langsam auf. Die Entwicklung des Personalcomputers haben wir weitgehend verschlafen, während es den Japanern gelungen ist, zielstrebig in wenigen Jahren ihren Rückstand gegenüber den Amerikanern aufzuholen. Die Entwicklung von Kommunikationsnetzen ist an uns

vorbeigegangen, hier freilich auch, weil wir nicht in der Lage waren, die damit zugegebenermaßen verbundenen gesellschaftspolitischen Probleme zu lösen. Die Anwendung der Mikroelektronik auf breiter Front ist in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor nicht gegeben und vom vorhandenen Personalbestand her auch nicht möglich. Die Zahl derartiger Beispiele ließe sich vermehren.

In allen diesen Bereichen ist eine zielstrebige Innovationspolitik notwendig. Interessant ist die Frage, ob diese ohne staatliche Förderung auskommt. Im internationalen Vergleich spricht jedenfalls nicht viel für diese These. Auf der anderen Seite ist unsere bisher eher strukturhaltende Technologiepolitik auch nicht etwas, das man unesehen fortsetzen kann. Hier liegen für die Zukunft noch erhebliche Probleme.

Dazu kommt ein Marketing-Problem, das häufig unterschätzt wird. Viele unserer Mitbewerber, insbesondere die Japaner, treten auf den internationalen Märkten mit großen Handelskonzernen auf, die die Produktion auch kleiner Unternehmen vermarkten. Auf Dauer werden auch wir dies tun müssen, denn gezieltes Marketing ist Voraussetzung für den Erfolg auf den immer härter umkämpften Weltmärkten.

All dies ist aber letztlich eine mittelfristige Frage. Bisher ist es mit der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nicht schlecht bestellt; eine weitere Expansion unseres Exports ist aber auch außenpolitisch nicht unproblematisch. Letztendlich können wir unsere Wirtschaft nicht auf Kosten unserer Nachbarn sanieren. Kurzfristig ist der Beitrag, der in einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zur Bewältigung der Beschäftigungskrise zu erwarten ist, also nur gering einzuschätzen. Mittelfristig würde eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit allein nicht viel helfen, sie würde allerdings eine weitere Verschlechterung von der Außenwirtschaft her verhindern können.

Das Ergebnis der bisherigen Analyse ist also, daß der Zusammenhang zwischen Beschäftigungskrise und Wettbewerbsfähigkeit weit überschätzt wird. Eine Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationen von Produkten und Prozessen ist zwar mittelfristig notwendig, aber allein noch keine Möglichkeit zur Überwindung unserer Beschäftigungskrise.

6. Eine mittelfristig angelegte Beschäftigungspolitik

Der Sinn dieses Referats war, die relativ geringe Bedeutung weltwirtschaftlicher Faktoren für die Beschäftigungskrise und ihre Überwindung deutlich zu machen. Damit bleibt die Frage offen, was denn nun zur Bewältigung der Beschäftigungskrise geschehen soll. Hierzu sollen abschließend einige Hinweise, wenn auch nur skizzenhaft, gegeben werden.

Global ist zunächst darauf hinzuweisen, daß sowohl Rationalisierungs- wie Erweiterungsinvestitionen nur vorgenommen werden, wenn die Unternehmen über ausreichende Gewinn- und Absatzerwartungen verfügen. Angesichts der

hohen Produktivitätsfortschritte, die heute mit modernen Produktionskapazitäten zu erzielen sind, ist es primär die Absatzfrage, die über den zu erzielenden Gewinn entscheidet. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und mit ihr die Absatzerwartungen sind freilich nach wie vor zu niedrig, um eine Vollauslastung unserer Kapazitäten zu erlauben. Dies hat eine ganze Anzahl von Gründen, die im wesentlichen makroökonomisch bedingt sind. So ist in vielen industriellen Gesellschaften die Geldversorgung niedriger, als sie für eine Vollauslastung des Produktionspotentials notwendig wäre. Dazu kommt, daß die durch die moderne Geldpolitik überhöhten Zinsausschläge die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigen. Aber auch die Finanzpolitik hat derartige Prozesse häufig verstärkt, die Ölpreisexplosionen sind in vielen Volkswirtschaften nicht bewältigt worden.

Die Grundschwierigkeit der modernen Wirtschaftspolitik liegt darin, daß häufig nur die Angebotsseite betrachtet wird, wodurch wichtige andere Gesichtspunkte vernachlässigt werden. Die Probleme, die wir im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft diskutiert haben, sind überwiegend der Angebotsseite zuzuordnen. Dies allein reicht aber nicht. Man muß auch die Nachfrageseite in die Überlegungen einbeziehen. Eine einseitige Wirtschaftspolitik hat heute nur geringe Erfolgchancen.

Eine Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise, die nicht nur auf die Angebots-, sondern auch auf die Nachfrageseite sieht, könnte etwa folgende Elemente enthalten:

- eine Anregung und Förderung privater Investitionen
- die Schaffung ausreichender Absatz- und Gewinnerwartungen bei den Unternehmern durch eine Stabilisierung der Nachfrage
- ausreichend hohe öffentliche Investitionen, die insbesondere das Wachstum behindernde Engpässe beseitigen
- eine wachstumorientierte Geldpolitik, die durch Zinssenkungen die Angebotsbedingungen für die Unternehmer verbessert und den marktwirtschaftlichen Anpassungsprozessen mehr Freiraum verschafft
- eine nach unten und oben maßvolle Lohnpolitik, die den Lohndifferenzialen mehr Beachtung schenkt
- eine Qualifizierungspolitik, die die Voraussetzung für den Ausbau höherwertiger Arbeitsplätze ist
- eine Modernisierungspolitik, die bewußt auf moderne Arbeitsplätze setzt und den technischen Fortschritt nicht durch zu niedrige Löhne behindert
- mehr Stetigkeit der Geld- und Finanzpolitik, um Vertrauen zu schaffen und auch den Unternehmern mittelfristige Planungen zu ermöglichen.

All dieses kann sicher nur dann realisiert werden, wenn die verschiedenen Träger der Wirtschaftspolitik, Bund, Länder und Gemeinden, Tarifpartner und Bundesbank, enger als bisher zusammenarbeiten. Dies alles ist weit mehr, als sich bei einer Beschränkung der Diskussion auf die Probleme der Weltwirtschaft ergibt.

Otto Freitag

Solidarität und Internationalität Wurzeln und Leitstern der Freien Arbeiterbewegung

Am 8./9. Mai 1982 versammelten sich mit ihren Frauen in Marktheidenfeld 14 ehemalige Hörer des 5. AdA-Lehrgangs (1951/1952) zu ihrem 30jährigen Jubiläumstreffen. Die AdA, älteste Alma mater der deutschen Gewerkschaftsbewegung, war vertreten durch die Kollegin Dr. Maria Borris und dem Leiter der Akademie, Dr. Jan Meyer. Die Referate und Fachgespräche kreisten hauptsächlich um die gegenwärtige politische Krisenzeit, in deren Umwertungsprozess — gleichsam wie in einen Strudel — gesellschaftliche, soziale, ethische und moralische Leitwerte geraten zu sein scheinen. Die freie und demokratische Arbeiterbewegung müsse sich wieder intensiver ihren einstigen Wurzeln und geschichtlichem Leitstern, der Solidarität und Internationalität, zuwenden und den starken Renationalisierungstendenzen in allen westeuropäischen Ländern die Stirn bieten. So könne sie z. B. ihre größte Geißel, die Arbeitslosigkeit, nur gemeinsam mit den EG-Ländern durch Einbindung der nationalen Beschäftigungsprogramme in das von der EG-Kommission vorgeschlagene und vom EGB unterstützte europäische Beschäftigungsprogramm bekämpfen.

Die ehemaligen AdA-Hörer, die auf gewerkschaftlicher Basis-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene aktiv waren oder noch sind, treffen sich 1983 wieder. Im norddeutschen Raum findet ihre 4. Zusammenkunft am 30. September d. J. in Hamburg statt.

In Gedenken an Anna und Jakob Osterroth

Als ich sie letztmals, 1980, sah, hatte sie sich nicht (mehr) recht wohl gefühlt: Anna Osterroth. Obwohl sie durch einen Unfall den Geschmackssinn verloren hatte, war sie eine hervorragende Köchin. Am 27. Mai 1897 wurde sie — Anna Raiser — in Tübingen geboren. Am 12. April 1911 trat sie ins Arbeitsleben ein und war Arbeiterin in einer Schuh-Schäftenäherei. 1920 bis 1923 war sie Stepperin in einer Schuhfabrik in Winterthur in der Schweiz; der Schweizer Gewerkschaftsbund war es, der die engagierte Gewerkschafterin am 1. Mai 1923 zur Akademie der Arbeit nach Frankfurt delegierte, wo sie bis 15. Februar 1924 studierte. Dort auch begegnete sie dem Jakob Osterroth, dem sie dann später erneut begegnete und ihn ehelichte. Ihr Berufsleben beendete sie als Beamtin des Gewerbeaufsichtsamtes in Darmstadt. Und dort, in Darmstadt, wo sie mehr als 25 Jahre lebte, starb sie dann im Februar 1981. Bis zum Schluß hatte sie sich, eine aktive Freundin Israels und von Golda Meir, für alle Vorgänge der Arbeiterbewegung interessiert.

Am 13. Mai 1981 war ich nach Darmstadt gereist, wo ich an diesem Tage ehrenamtliche Richter am Arbeitsgericht war. Gemeinsam mit meiner Frau und „Jack“ Osterroth besuchten wir das Urnengrab von Anna Osterroth.

Wenig später erhielten wir von seinem Bruder, Franz Osterroth, (der auch die AdA besucht hatte — 1922 — und in Lübeck lebt) die Mitteilung, daß Jakob Osterroth am 18. Juli 1981 in Darmstadt verstorben ist.

„J. O.“, wie er signierte, war der Sohn des legendären Nikolaus Osterroth (dessen Buch „Vom Beter zum Kämpfer“ kürzlich neu aufgelegt wurde). Er wurde am 23. Dezember 1902 in Hettenleidelheim in der Pfalz geboren. 1917 trat er in eine Lehre als Bandagist ein. Später arbeitete er in einem Stahlwerk in Willich bei Krefeld. Zwei Lehrgänge lang, 1923/24 und 1924/25, war er Gasthörer an der Akademie der Arbeit.

Seine dortigen Lehrer, hat er nie vergessen — die Lehrbücher von damals wurden sorgfältig aufbewahrt. Dort geschlossene Freundschaften währten ein Leben lang.

In Wintersemester 1925/26 studierte J. O. an der Hochschule für Politik in Berlin (u. a. lehrte dort damals Prof. Heuss), dann begann er ein Studium der Malerei. Im Kriege war er Sanitätssoldat und hatte hier die Geduld erfordernde Aufgabe, blinde Ohnhänder zu betreuen.

340 bis 360 Gemälde befinden sich in seinem Nachlaß — seine Bilder waren mehrfach ausgestellt, z. B. in der Preußischen Akademie der Künste, letztmals 1974 in Essen. Jack O., ein hervorragender Erzähler, dachte gerne zurück an

Nach Drucklegung des Heftes
erreichte uns von Karl Handfest
folgende Korrekturangabe:

In der letzten Zeile auf S. 21
muß es statt Carlo Mierendorff
Theodor Haubach heißen.

die Akademie der Arbeit, aber auch an das Nebenbei-Geld-Verdienen im Frankfurt der Inflationszeit.

1934 unternahm er, im Auftrage von Carlo Mierendorff eine Reise nach Saarbrücken, wo er einen Teil seiner Kindheit verlebt hatte (sein Vater gab dort, 1905–1908, die „Saarwacht“ heraus) und wo sein Onkel Franz O. bei der „Volksstimme“ tätig war, um eine Botschaft an Max Braun zu überbringen. Hierüber hat er auf meine Bitte vor einigen Jahren eine Aufzeichnung niedergeschrieben, die noch unveröffentlicht ist.

Im Jahr vor seinem Tode besuchte er noch, mit seiner Gefährtin Anna, seine Heimat Hettenleidelheim und Eisenberg (wo in diesem Jahre die SPD ihr 80jähriges Bestehen feiert).

Sein letztes Werk war ein großer Franziskus-Zyklus, zu dem er noch, auf Anregung seines Freundes Kurt Riedel (der vielen Gewerkschaftern bekannt ist), Erläuterungen schrieb. Riedel war es denn auch, der bei der Trauerfeier in Darmstadt sprach.

Es war ein (ungewolltes) Symbol, daß seine Urne ausgerechnet am 20. Juli beigesetzt wurde... Wochen vorher hatten wir noch gemeinsam die Rede gelesen, die Carlo Mierendorff 1933 am Grabe seines Vaters gehalten hatte...

Verzeichnis der Lehrveranstaltungen des 48. Lehrgangs

1. Trimester

3. Mai 1982 — 31. Juli 1982

	<i>Dozent</i>	<i>Stunden</i>
Einführung in den Lehrgang	Meyer/Brütting/ Benes/Eichhorn/ Müller/Süsselbeck	8
Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten und zur Gruppenarbeit	Brütting/Eichhorn/ Müller/Süsselbeck	8
Die Herausbildung des modernen Rechts- und Staatsystems (Staatstheorie)	Kempen	8
Historische Grundlagen der heutigen Rechts- ordnung (Verfassungsgeschichte, Privatrechts- geschichte)	Kempen	12
Das politische und verfassungsrechtliche System der Bundesrepublik (Verfassungsrecht I) — Strukturen politischer Entscheidungsbildung (insbesondere Gesetzgebungsverfahren)	Kempen	28
Einführung in die Methoden der Rechtswissenschaft	Kempen	10
Rechts- und politikwissenschaftliches Seminar (wahlweise) (dienstags 16–18 Uhr – zugleich für Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissen- schaften der Universität): Verfassungspolitik und Verfassungskrise	Kempen	20
Einführung in die Volkswirtschaftslehre	Meyer	54
Betriebswirtschaftslehre I	Meyer/Bierbaum	18
Fragen der Gemeinwirtschaft	von Loesch	10
Einführung in die Sozialpolitik/Gesellschafts- politik (mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Sozialpolitik)	Döring	20
Hauptprobleme und Politik der sozialen Sicher- ung I (Grundfragen und Grundmodelle der sozialen Sicherung; Alterssicherung; Gesund- heitssicherung)	Döring	26
Einführung in die Probleme der Arbeitsmarkt- politik	Döring	12
Grundbegriffe der Philosophie	Schädler	16
Entwicklung des Dialektischen Materialismus (mit Arbeitsgruppen)	Schädler	12
Entwicklung der Gesellschaftsformen als Einleitung in die Gesellschaftslehre	Borris	20
Geschichte des industriellen Zeitalters/ unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Gewerkschaften	Beier	18
Präambel des DGB-Grundsatzprogramms (mit Arbeitsgruppen)	Brütting/Eichhorn/ Müller/Süsselbeck	8
Fragen der Kulturpolitik	Hoffmann	18

2. Trimester

23. August 1982 — 18. Dezember 1982

	<i>Dozent</i>	<i>Stunden</i>
Einführung in das Bürgerliche Recht	Kempen	18
Arbeitsvertragsrecht	Kempen	48
Einführung in das Arbeitsrecht	Weiss	16
Betriebsverfassungsrecht	Mattern/Kempen	32
Personalvertretungsrecht	Schwarz/Kempen	20
Strukturen politischer Willensbildung (insbesondere politische Grundrechte) (Verfassungsrecht II)	Kempen	12
Rechtswissenschaftliches Kolloquium	Kempen	12
Rechts- und politikwissenschaftliches Seminar (dienstags 16—18 Uhr — zugleich für Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität):		
Verfassungspolitik und Verfassungskrise	Kempen	18
Grundlagen der politischen Ökonomie (Smith/ Ricardo; K. Marx: Das Kapital, Lektürekurs)	Meyer	36
Wirtschaftspolitik I	Meyer/Meyn	32
DGB-Grundsatzprogramm: Wirtschaftspolitische Teil	Meyer	8
Betriebswirtschaftslehre II	Meyer/Bierbaum	16
Arbeitskraft in der Betriebs- und Arbeitsorganisation	Schudlich	20
Politische Ökonomie des Sozialismus	Meyer/Kosta	16
Wirtschaftswissenschaftliches Kolloquium	Meyer	12
Hauptprobleme und Politik der sozialen Sicherung II (Sicherung bei Arbeitslosigkeit; Unfall- schutz und Unfallversicherung; Sozialhilfe)	Döring	30
Zentrale sozialpolitische Fragen I: Mitbestimmung und Vermögenspolitik (mit Arbeitsgruppen und Besichtigungen)	Döring/Leminsky	30
Sozialpolitisches Kolloquium	Döring	12
Gegenwärtiger Stand des Dialektischen Materialismus	Schädler	16
Beschreibung und Analyse von Gesellschafts- formen der Gegenwart	Borris	12
Christliche Gesellschaftslehren	Müller/von Nell-Breuning/ Wallraff	8
Politische Geschichte des 20. Jahrhunderts/ unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiterbewegung	N. N.	18
Gewerkschaften — Theorie und Praxis	Arbeitsgemeinschaft mit gewerkschaftlichen Referenten/Brütting/Eichhorn/ Müller/Süsselbeck	38
Studienreise — 1 Woche		
Massenmedien und Meinungsbildung — Arbeitsgemeinschaft über Presse, Funk und Fernsehen in der Bundesrepublik mit Besichti- gungen und praktischen Übungen (freiwillig)	Scheunemann	8

3. Trimester

3. Januar 1983 — 19. März 1983

	<i>Dozent</i>	<i>Stunden</i>
Arbeits- und Wirtschaftsverfassungsrecht (Verfassungsrecht II)	Kempfen	14
Arbeitskampfrecht	Kempfen	14
Tarifvertragsrecht	Simitis/Kempfen	10
Arbeitsrecht im Systemvergleich	N.N.	6
Ausgewählte Probleme aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung und der Rechts-(Tarif-)politik	Däubler	10
Rechtswissenschaftliches Kolloquium	Kempfen	8
Rechts- und politikwissenschaftliches Seminar (dienstags 16—18 Uhr — zugleich für Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität):		
Verfassungspolitik und Verfassungskrise	Kempfen	12
Wirtschaftspolitik II	Meyer	44
Betriebswirtschaftslehre III	Meyer/Bierbaum	20
Wirtschaftswissenschaftliches Kolloquium	Meyer	8
Zentrale sozialpolitische Fragen II: Besteuerung und Arbeitnehmerhaushalt	Döring	22
Ausgewählte Fragen der Sozialpolitik: Gesamtwirkungen des sozialpolitischen Instrumentariums; Internationale Sozialpolitik; Gewerkschaften und staatliche Sozialpolitik	Döring	22
Organisation und Probleme der sozialen Selbstverwaltung	Döring/Standfest/ Frank	14
Sozialpolitisches Kolloquium	Döring	8
Die Organisationen der Arbeitgeber und Unternehmer	Hochgreve u. a.	8
Industrie- und Betriebssoziologie als spezielle Gesellschaftslehre	Borris	12
Aktuelle Probleme der Zeitgeschichte seit 1945	Beier/Fetscher/N.N.	12
Aktuelle politische Fragen	Clauss/Blüm/Weghorn	18
Probleme der Bildungspolitik	Weber	6
Seminarwoche: Ursprung, Herrschaft und Fortwirken des Nationalsozialismus	Fetscher/Henning u. a.	22
Massenmedien und Meinungsbildung — Arbeitsgemeinschaft über Presse, Funk und Fernsehen in der Bundesrepublik mit Besichtigungen und praktischen Übungen (freiwillig)	Scheunemann	8

Neben der Anleitung durch die Dozenten werden die Lehrgangsteilnehmer in ihrer Arbeit vom Pädagogischen Hörerberater, von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin und den Assistenten unterstützt. Zu einigen im Lehrplan ausgedruckten Veranstaltungen finden ergänzende freiwillige Arbeitsgemeinschaften statt.

Die Seminare/Kolloquien im 2. und 3. Trimester sind Wahl-Pflichtveranstaltungen, d. h. die Lehrgangsteilnehmer nehmen jeweils an einer dieser Veranstaltungen durchgehend teil.

In Verbindung mit den Lehrveranstaltungen werden Besichtigungen und Studienreisen durchgeführt. Diese werden durch bestimmte Vorlesungen oder Einzelvorträge vorbereitet. Hinzu kommen Besuche von kulturellen Veranstaltungen.

Als Ausgleich zur Studientätigkeit ist in jeder Woche ein Nachmittag für den Sport unter Leitung von Studiendirektor Jürgen Preuß vorgesehen.

Die Organe der Akademie der Arbeit

Kuratorium

Vorsitzende: Maria Weber, Deutscher Gewerkschaftsbund

Stellvertretender Vorsitzender: Der Hessische Sozialminister

Der Hessische Kultusminister

Der Hessische Minister der Finanzen

Der Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Vier weitere Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes:
Hans Preiss, Jochen Richert, Karl-Heinz Tiedtke, Erwin Walz

Vertreter der Dozenten der Akademie der Arbeit:
Dr. Otto Ernst Kempfen, Dr. Erich Meyn

Drei Vertreter der Teilnehmer des 48. Lehrgangs

Leiter der Akademie für den 48. Lehrgang: Dr. Jan Meyer

Lehrkräfte

Hauptamtliche Lehrkräfte

Dr. Diether Döring, Sozial- und Gesellschaftspolitik
Dr. Otto Ernst Kempfen, Rechtswissenschaft
Dr. Jan Meyer, Wirtschaftswissenschaft

Lehrbeauftragte

Dr. Gerhard Beier, Universität Kiel
Dr. Heinz Bierbaum, Vorstand der IG Metall – Abtlg. Wirtschaft, Frankfurt am Main
Dr. Norbert Blüm, Senator für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin;
Vorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft
Dr. Maria Borris, Frankfurt am Main
Armin Clauss, Hessischer Sozialminister, Wiesbaden
Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Universität Bremen
Prof. Dr. Iring Fetscher, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Hans Frank, Hauptamtliches Vorstandsmitglied des Landesbezirks Hessen
des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Eike Hennig, Gesamthochschule Kassel
Horst Hochgreve, Leiter der Abteilung Wirtschaft des Landesbezirks Hessen
des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frankfurt am Main
Hilmar Hoffmann, Kulturdezernent, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Jiri Kosta, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Dr. Gerhard Leminsky, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Gesellschaft,
Düsseldorf
Dr. Achim von Loesch, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt am Main
Marion Mattern, Richterin am Arbeitsgericht Frankfurt am Main
Dr. Erich Meyn, Dozent an der Akademie der Arbeit i. R.
Dr. Christian Müller, Amt für Industrie- und Sozialarbeit der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning, Philosophisch-Theologische Hochschule
St. Georgen, Frankfurt am Main
Jürgen Preuß, Studiendirektor an der Helmholtzschule, Frankfurt am Main
Martin Schädler, Oberstudiendirektor, Leiter des Hessen-Kollegs, Frankfurt am Main
Klaus Scheunemann, Hessischer Rundfunk, Frankfurt am Main
Dr. Edwin Schudlich, Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main
Lutz Schwarz, Richter am Arbeitsgericht Frankfurt am Main
Prof. Dr. Spiros Simitis, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Dr. Erich Standfest, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
der Gewerkschaften, Düsseldorf
Prof. Dr. Hermann-Josef Wallraff, Philosophisch-Theologische Hochschule
St. Georgen, Frankfurt am Main
Maria Weber, vormals stellvertretende Vorsitzende des Deutschen
Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Eberhard Weghorn, Landtagsabgeordneter, FDP-Fraktion im Hessischen
Landtag, Wiesbaden
Prof. Dr. Manfred Weiss, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Pädagogischer Hörerberater: Kurt Brütting
Wissenschaftliche Mitarbeiterin: Dagmar Eichhorn
Assistenten: Alfons Müller, Heinz Süsselbeck

Teilnehmer des 48. Lehrgangs der Akademie der Arbeit
Mai 1982 bis März 1983

<i>Zu- u. Vorname Geburtsjahr</i>	<i>Beruf</i>	<i>Wohnort</i>
Bach, Claus-Peter	1947 Chemielaborant	Vöhringen
Beil-Borchers, Petra	1951 Chemielaborantin	Hattingen
Birkenbach, Mechthild	1957 Postbeamtin	Fulda
Brauner, Gerhard	1952 Verkäufer	Kronberg/Ts.
Czeranna, Peter	1947 Schriftsetzer	Lüdenscheid
Feuerstein, Irene	1947 Politesse	Limeshain-Hainchen
Freitag, Manfred	1957 Elektrohauer u. T.	Kamen (Westf.)
Güntas, Hidir	1944 Drahtprüfer	Köln
Hangebrauck, Ewald	1954 Kaufm. Angestellter	Bönen
Heinrich, Jan	1959 Werkzeugmacher	Lingenfeld
Kaminski, Sabine	1958 Industriekaufmann	Hagen
Kießling, Gerhard	1960 Elektriker	Frankfurt a. M.
Kraus, Magdalena	1953 Mediz.-Technische Assistentin	Alsheim
Krauß, Günther	1947 Maschinenschlosser	Höchstädt
Kutta, Erika	1957 Arbeiterin	Giesen
Lang, Harald	1956 Gewerkschaftsangestellter	Hof/Saale
Leßmann, Michael	1957 Dreher	Hattingen
Mathes, Christel	1947 Stenokontoristin	Offenbach a. M.
Merz, Hans Peter	1948 Fertigungsprüfer	Angelbachtal
Murken, Birgit	1955 Steuerfachgehilfin	Ritterhude
Nerge, Dirk	1961 Maschinenschlosser	Minden
Ott, Konrad	1957 Werkzeugmacher	Fluorn-Winzeln
Paszehr, Viktor	1950 Terminalsachbearbeiter/Eink.	VS-Villingen
Peter, Andreas	1950 Polizeibeamter des BG	Hamm/Westf.
Pilatzi-Orth, Dagmar	1947 Programmiererin	Bergisch Gladbach
Pirner, Gerhard	1957 Steuermaschinist	Sulzbach-Rosenberg
Piwak, Irmgard	1945 Kaufm. Angestellte	Neckarsulm
Rattay, Bernd	1958 Kfz.-Elektriker	Geislingen/Steige
Reinbold, Petra	1959 Verwaltungsangestellte	Hannover
Riedel, Michael	1957 Elektriker i. d. Vorrichtg. u.T.	Bergkamen-Oberaden
Schneider, Hans	1959 Gewerkschaftsangestellter	Weiden
Schöttle, Wolfram	1955 Werkzeugmacher	Benningen
Schulze, Franz	1952 Feuerwehrbeamter	Frankfurt a. M.
Seel, Gerhard	1957 Bürokaufmann	Schmitten/Ts.
Selig, Peter	1954 Verwaltungsbeamter	Frankfurt a. M.
Siebert, Kora	1955 Postbeamtin	Berlin
Staudt, Alfred	1958 Straßenwärter	Schmelz
Steininger, Dieter	1957 Betriebselektriker	Stadthagen
Sullivan, Kathryn	1954 Programmiererin	Frankfurt a. M.
Theis, Helmut	1952 Spezialbaufacharbeiter	Guxhagen-Ellenberg
Unlübayir, Seydi	1949 Maschinenschlosser	Gelsenkirchen-Horst
Volz, Jürgen	1954 Lieferfahrer	Heuchelheim
Walther, Jochen	1958 Gewerkschaftssekretär	Rüsselsheim
Weichel, Volker	1959 Formenschlosser	Neunkirchen/Saar
Wick, Gerhard	1954 Maschinenschlosser	Moosburg
Wieser, Robert	1958 Flurbereinigungstechniker	Landau a. d. Isar
Wolf, Axel	1952 Betriebsschlosser	Recklinghausen

Die Berufsangabe bezieht sich auf die zuletzt ausgeübte Tätigkeit.